

URGENT ACTION

ANWÄLTIN WEGEN SOCIAL-MEDIA-POSTS ANGEKLAGT

CHINA/HONGKONG

UA-Nr: UA-086/2021 AI-Index: ASA 17/4500/2021 Datum: 22. Juli 2021 – mr

CHOW HANG-TUNG (鄒幸彤)

Chow Hang-tung, Mitveranstalterin der jährlichen Mahnwache in Hongkong zum Gedenken an die Niederschlagung der Proteste auf dem Pekinger Tiananmen-Platz 1989, wurde wegen „Werbung oder Bekanntmachung einer nicht genehmigten Versammlung“ angeklagt. Die Menschenrechtsanwältin war festgenommen worden, nachdem sie in den Sozialen Medien dazu aufgerufen hatte, individuell der Niederschlagung der Tiananmen-Proteste zu gedenken, da die öffentliche Mahnwache verboten worden war. Dies ist ein weiteres Beispiel für die repressiven Auswirkungen der Hongkonger Verordnung über die öffentliche Ordnung auf die Meinungsfreiheit und das Recht auf friedliche Versammlung. Die Behörden nutzen es zunehmend, um Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen ins Visier zu nehmen.

Die Anwältin Chow Hang-tung (鄒幸彤) ist wegen „Werbung oder Bekanntmachung einer nicht genehmigten Versammlung“ festgenommen und angeklagt worden. Es ist alarmierend, dass sie ins Visier genommen wird, nur weil sie in den Sozialen Medien Beiträge veröffentlicht hat, in denen sie die Menschen auffordert, der Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz privat zu gedenken. Sie hat lediglich friedlich eine Meinung geäußert, was nach internationalen Menschenrechtsgesetzen und -standards zulässig ist und nicht kriminalisiert werden darf.

Es ist beunruhigend, dass die Behörden die Hongkonger Verordnung über die öffentliche Ordnung (Public Order Ordinance – POO) zunehmend dazu einsetzen, Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen ins Visier zu nehmen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wahrnehmen. In den letzten zwei Jahren haben die Behörden mindestens neun Mitglieder der *Hong Kong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movements of China* wegen der Teilnahme an nicht genehmigten Versammlungen festgenommen, angeklagt und verurteilt.

Die Teilnahme an und die Organisation von friedlichen Versammlungen bedarf nach internationalen Menschenrechtsabkommen und -standards keiner vorherigen Genehmigung durch den Staat. Das Versäumnis, eine Versammlung bei den Behörden anzumelden, sollte nicht dazu führen, dass die Teilnahme an der Versammlung rechtswidrig wird, und sollte an sich nicht als Grundlage für die Festnahme der Teilnehmenden oder Organisator_innen oder für ein unangemessen hartes Vorgehen gegen sie, wie z. B. eine Anklage wegen Straftaten, dienen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Chow Hang-tung wurde erstmals am 4. Juni 2021 unter dem Vorwurf der „Werbung oder Bekanntmachung einer nicht genehmigten Versammlung“ nach § 17A(1D) der Verordnung über die öffentliche Ordnung (Public Order Ordinance, POO) festgenommen. Kurz darauf ließ man sie gegen Kautions frei, nahm sie aber am 30. Juni erneut fest. Seither befindet sie sich in Untersuchungshaft. Nach Angaben der Polizei habe sie gegen ihre Kautionsauflagen verstoßen, weil sie angeblich andere zur Teilnahme an einer verbotenen Kundgebung am 1. Juli 2021 angestiftet haben soll.

Chow Hang-tung ist schon lange als Menschenrechtsverteidigerin aktiv. Bevor sie Menschenrechtsanwältin wurde, setzte sie sich sehr für Arbeitsrechte in China ein und unterstützte dort Menschenrechtsverteidiger_innen. Als Rechtsanwältin in Hongkong verteidigt sie politische Aktivist_innen, die unter dem Nationalen Sicherheitsgesetz

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



ins Visier genommen werden. Sie ist auch die stellvertretende Vorsitzende der *Hong Kong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movements of China* (Hongkong-Allianz), die das weltweit größte jährliche Gedenken an die Niederschlagung der Proteste auf dem Pekingener Tiananmen-Platz 1989 organisiert.

Die jährliche Tiananmen-Mahnwache in Hongkong am 4. Juni ist seit 2020 aus Anlass der Corona-Pandemie verboten. Es wird immer deutlicher, dass die Hongkonger Behörden die Pandemie als Vorwand benutzen, um die Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu unterdrücken.

Die Menschenrechtsvertragsorgane und -expert_innen der Vereinten Nationen äußern seit langem ihre Besorgnis darüber, dass die Hongkonger Regierung das Recht auf friedliche Versammlung übermäßig einschränkt. Gemäß Paragraf 14-15 der Hongkonger Verordnung über die öffentliche Ordnung müssen diejenigen, die einen Protest organisieren wollen, eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ von der Polizei einholen, bevor eine Versammlung stattfinden kann. 24 Aktivist_innen, die an der friedlichen Tiananmen-Mahnwache im letzten Jahr teilgenommen hatten, wurden seitdem festgenommen, und einige wurden ins Gefängnis gesteckt. Vage und zweideutige Anklagen wie „Anstiftung zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung“ scheinen politisch motiviert zu sein und als Vorwand zu dienen, um die friedliche Ausübung der Rechte auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung zu verhindern.

SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Lassen Sie alle Anklagen gegen Chow Hang-tung umgehend und bedingungslos fallen und lassen Sie sie sofort frei, da sie nur aufgrund der friedlichen Ausübung ihrer Menschenrechte angeklagt wurde.
- Beenden Sie bitte die Praxis, Personen strafrechtlich zu verfolgen, die lediglich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung oder andere Menschenrechte wahrgenommen haben.
- Prüfen und überarbeiten Sie bitte alle Gesetze und Vorschriften und beenden sie alle entsprechenden Maßnahmen, die gegen das Recht auf die Wahrnehmung der Menschenrechte verstoßen, darunter insbesondere die Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

JUSTIZMINISTERIN FÜR HONGKONG

Secretary for Justice Teresa Cheng Yeuk-wah
Department of Justice
G/F, Main Wing, Justice Place, 18 Lower Albert Road
Central, Hong Kong, VOLKSREPUBLIK CHINA
(Anrede: Dear Secretary of Justice / Sehr geehrte
Justizministerin von Hongkong)

Fax: (852) 3902 8638

E-Mail: sjo@doj.gov.hk

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER VOLKSREPUBLIK CHINA

S. E. Herrn Ken Wu
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
Fax: 030-27 58 82 21
E-Mail: de@mofcom.gov.cn oder
presse.botschaftchina@gmail.com

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **22. September 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Drop all charges against and release Chow Hang-tung immediately and unconditionally, as she was charged solely for peacefully exercising her rights.
- End the practice of bringing criminal charges against those who have simply exercised their right to freedom of expression or other human rights.
- Review and amend all laws and regulations, and end all related measures, that violate the exercise of human rights, in particular to freedom of expression, peaceful assembly and association.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Das Gesetz der Volksrepublik China zur Wahrung der nationalen Sicherheit in der Sonderverwaltungszone Hongkong (NSL) wurde vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses Chinas (NPCSC) einstimmig verabschiedet und am 30. Juni 2020 in Hongkong in Kraft gesetzt, ohne dass eine formale, aussagekräftige öffentliche oder sonstige Konsultation vor Ort stattgefunden hätte.

Das NSL hat sich unmittelbar und weitreichend auf die Hongkonger Gesellschaft ausgewirkt. Die weitreichende Definition von „nationaler Sicherheit“ im Gesetz, die der der chinesischen Zentralbehörden folgt, lässt Klarheit und rechtliche Vorhersehbarkeit vermissen und wurde willkürlich als Vorwand genutzt, um unter anderem die Menschenrechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit einzuschränken und Andersdenkende und die politische Opposition zu unterdrücken. Indem sie politische Parteien, Wissenschaftler_innen und andere Organisationen und Einzelpersonen, die tatsächlich oder vermeintlich der gegenwärtigen Regierung und dem politischen System in Hongkong kritisch gegenüberstehen, beschuldigen, die nationale Sicherheit zu bedrohen, versuchen die Behörden, Zensur, Schikanen, Festnahmen und strafrechtliche Verfolgung, die gegen die Menschenrechte verstoßen, zu rechtfertigen.

Nach den Festnahmen im Rahmen der POO und den anhaltenden Vorwürfen von Wissenschaftler_innen und Medien, die Zentralchina positiv gegenüberstehen, gegen das NSL verstoßen zu haben, entließ die Hongkong-Allianz im Juli 2021 alle Mitarbeiter_innen und verringerte die Anzahl der Komiteemitglieder erheblich, um das Risiko einer Strafverfolgung zu mindern.

